



Niederschrift

**über den öffentlichen Teil der 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages
am 14.02.2007
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. André Beyer
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Rolf Hüchting
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann

Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Joachim Schulz
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Angela van Beek
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde

Verwaltung

KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KVOR´in Heike Körner
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henri Blanken
Abg. Lühr Klee
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Kreistages am 14.12.2006
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: 2006-11/0109
- 7 Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel
Vorlage: 2006-11/0092

- 8** Antrag des TOUROW auf Erhöhung der Mittelzuweisung durch den Landkreis
Vorlage: 2006-11/0090
- 9** Konzept des NABU-Kreisverbandes Rotenburg(Wümme) zur Aufwertung des Großen und Weißen Moores und seiner Umgebung (Großer und Kleiner Bullensee)
Vorlage: 2006-11/0094
- 10** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2007 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 2006-11/0118
- 11** Investitionsprogramm 2006 bis 2010 und Finanzplan 2006 bis 2010
Vorlage: 2006-11/0119
- 12** Richtlinie für die Aufnahme von Krediten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO
Vorlage: 2006-11/0120
- 13** Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0066
- 14** Betrieb Rettungsdienst
a) Feststellung der Eröffnungsbilanz
Vorlage: 2006-11/0072
- 15** Änderung der Verwaltungshandreichung 5.4 Förderung der jugendpflegerischen Arbeit
hier: Nr. 1.3 Verfahren
Vorlage: 2006-11/0078
- 16** Vom Landkreis zu besetzende Stellen; sonstige vom Landkreis in Verbänden und Institutionen zu besetzende Stellen:
1. Heimatbund Rotenburg (Wümme) e. V.
2. Heimatverein "Niedersachsen" Scheeßel e. V.
Vorlage: 2006-11/0126
- 17** Abberufung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: 2006-11/0034/1
- 18** Änderung der Dezernatseinteilung
Vorlage: 2006-11/0117
- 19** Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 24.01.2007: Senkung der Abfallgebühren
Vorlage: 2006-11/0128
- 20** Anfragen
- 21** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten H. Blanken, Klee und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Anschließend erheben sich die Mitglieder des Kreistages für eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer des Mordanschlages in der Nacht zum 05.02.2007 auf das China-Restaurant in Sittensen.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann weist darauf hin, dass sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 07.02.2007 dafür ausgesprochen habe, den Tagesordnungspunkt 16 „Vom Landkreis zu besetzende Stellen“ in plattdeutscher Sprache zu behandeln. Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Kreistages am 14.12.2006**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 2. Kreistagssitzung am 14.12.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Luttmann weist auf die an die Abgeordneten verteilten Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 8, 15 und 16 der heutigen Sitzung hin. In diese seien die Empfehlungsbeschlüsse des Kreisausschusses vom 07.02.2007 eingearbeitet worden.

Seit der letzten Kreistagssitzung am 14.12.2006 sei der Kreisausschuss am 07.02.2007 zu einer Sitzung zusammengetreten.

Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Die dem Landkreis nach dem Nieders. Nahverkehrsgesetz zweckgebunden für Maßnahmen im Bereich des ÖPNV zur Verfügung gestellten sog. Regionalisierungsmittel würden neben dem Ausgleich von Harmonisierungsverlusten im ZVBN-Bereich auch für

die Finanzierung von weiteren ÖPNV-Fördermaßnahmen verwendet. Dies seien die Einrichtung neuer Übergangstarife in den HVV- und VBN-Bereich, die Übernahme der von den ZVBN-assoziierten Gemeinden zu tragenden Ausgleichsbeträge, die Förderung der Schnellbuslinie Zeven-Sittensen-Tostedt (Kostenbeteiligung jährlich maximal 50.000 Euro für zunächst 2 Jahre) sowie das Bürgerbusprojekt Visselhövede (laufender Betriebskostenzuschuss in Höhe von 2.500 Euro für zunächst 3 Jahre).

2. Dem Antrag des Ratsgymnasiums Rotenburg (Wümme) auf Einführung eines Unterrichtsschwerpunktes „Mathematik/Naturwissenschaften zum 01.08.2007 sei zugestimmt worden.
3. Die Stellungnahme des Landkreises zur Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) sei beschlossen worden. Darin bringe der Landkreis u. a. erneut seine ablehnende Haltung zur textlichen und zeichnerischen Darstellung der Y-Trasse sowie zu einer möglichen Ausnahmeregelung zur Zulassung von Factory-Outlet-Centern (FOC) zum Ausdruck.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat Januar 2007 seien den Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden.
2. Der Feuerschutzausschuss habe in seiner Sitzung am 10.01.2007 den Auftrag erteilt, bezüglich einer bedarfsgerechten rettungsdienstlichen Versorgung der Gebiete, die nicht mit 24 Stunden besetzten Rettungswachen versehen sind, zu einem Gespräch „am runden Tisch“ einzuladen, um den Vertretern der betroffenen Gemeinden Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen mit dem DRK, dem Landkreis und den Ansprechpartnern der Krankenkassen eingehend zu erörtern.
Dieser Gesprächswunsch sei den Krankenkassenvertretern am 23.01.2007 mündlich und einen Tag später nochmals schriftlich mitgeteilt worden.
Die AOK Niedersachsen habe sich mit einer E-Mail vom 29.01.2007 für die Einladung bedankt und Folgendes mitgeteilt:
„Wir sind grundsätzlich jederzeit bereit, die rettungsdienstliche Situation mit den Vertretern des Landkreises und den Beauftragten, auch außerhalb einer normalen Verhandlungsrunde, zu diskutieren. Für darüber hinaus gehende Diskussionsrunden mit Interessenvertretern haben wir keine personelle Ressourcen. Wenn seitens des Landkreises Interesse an einem „Runden Tisch“ aus Vertretern des Landkreises, der Beauftragten und der Kostenträger besteht, stimmen Sie bitte einen Termin mit uns ab.“
Dem gegenüber habe die VdAK mit E-Mail vom 06.02.2007 eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft mit den betroffenen Gemeindebürgermeistern im Rahmen einer „Vorbesprechung“ zu einer „normalen“ Verhandlungsrunde mitgeteilt, jedoch unter dem Hinweis, dass eine entsprechende Gesprächsrunde derzeit nicht zielführend sei, da die Verhandlungen zwischen dem Landkreis und den Kostenträgern noch laufen.
Eine Stellungnahme der Vereinigten IKK liege nicht vor.
3. Seit kurzem werde über die Internetseite des Landkreises Rotenburg (Wümme) ein Bürgerservice „Pendlerportal“ angeboten. Das von der Marktplatz Lüneburger Heide Internet GmbH initiierte Pendlerportal sei ein Internet-Angebot, auf dem z. B. Berufspendler kostenlos Mitfahrgelegenheiten anbieten und suchen könnten. Auch die angrenzenden Landkreise Osterholz, Soltau-Fallingb., Harburg und Verden sowie der Zweckverband VBN würden das Pendlerportal nutzen.

4. Das Verfahren zur Besetzung der Stelle des Ersten Kreisrates sei mit den Fraktionen abgestimmt worden. Die ausgewählten Bewerber würden sich in der Kreisausschusssitzung am 07.03.2007 vorstellen. Die Wahl des Ersten Kreisrates werde dann in der Kreistagsitzung am 13.03.2007 erfolgen. Die Sitzung finde um 17.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Rotenburg statt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Änderung der Schülerbeförderungssatzung**
Vorlage: 2006-11/0109

Abg. Bruns führt aus, der vorliegende Entwurf der Änderungssatzung entspreche der Intention des von ihm und dem Abg. Keller seinerzeit gestellten Antrages. Deshalb bitte er, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Es sei zu begrüßen, dass einige neue Beförderungangebote im Nachmittagsbereich bereits eingerichtet werden konnten. Er appelliere an die Schulen im Kreisgebiet die Möglichkeiten zu nutzen und sich verstärkt um eine Zulassung als Ganztagschule zu bemühen.

Abg. Leefers begrüßt die jetzt in der Schülerbeförderungssatzung vorgesehene Regelung. Leider könne dies nicht kostenneutral umgesetzt werden und es seien Mehrkosten vom Landkreis zu tragen. Er hoffe, dass sich diese Mehrkosten eines Tages neutralisierten, damit die Mittel an anderer Stelle wieder für die Schüler ausgegeben werden könnten. Auch er bitte um Zustimmung.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 07.05.1997 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel**
Vorlage: 2006-11/0092

Abg. Keller geht kurz auf den besonderen Status der Eichenschule als Schule in freier Trägerschaft ein. Es sei wichtig, dass auch der Landkreis seinen Willen zur Unterstützung der Eichenschule deutlich zum Ausdruck bringe. Die bisherige Verknüpfung des Unterhaltungskostenzuschusses an die beim Ratsgymnasium je Schüler entstehenden Kosten hätte sich durch die dort steigenden Schülerzahlen nachteilig für die Eichenschule ausgewirkt. Die vom Abg. Leefers im Schulausschuss angesprochene mögliche Überführung der Eichenschule in die Trägerschaft des Landkreises wäre mit gewaltigen Kosten für den Landkreis verbunden. Die Eichenschule sei mit der jetzt vorgesehenen Regelung zufrieden und erlange dadurch für die nächsten drei Jahre Planungssicherheit. Er bitte den Kreistag um Zustimmung.

Auch **Abg. Twesten** begrüßt den Beschlussvorschlag. Dieser stelle neben der finanziellen Unterstützung ein eindeutiges Signal an die Eichenschule dar. Die Eichenschule sei eine feste Größe in der Schullandschaft des Landkreises. Durch den Beschluss werde zum Erhalt der gymnasialen Vielfalt im Landkreis beigetragen und die Eichenschule erhalte eine verlässliche Planungsgrundlage.

Abg. Steppat erklärt, auch die WFB-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag. Die Eichenschule stelle ein zusätzliches gymnasiales Angebot im Landkreis dar, dass von den Eltern trotz des für den Besuch zu zahlenden Schulgeldes genutzt werde. Daneben habe die Eichenschule nach rund 60 Jahren ihres Bestehens auch eine historische Bedeutung im Landkreis.

Abg. Leefers führt aus, auch er stehe zum Bestand der Eichenschule. Im Hinblick auf die beim Ratsgymnasium steigenden Schülerzahlen habe er im Schulausschuss ein Bekenntnis der Eichenschule zu ihrem Status als Schule in freier Trägerschaft haben wollen. Falls es der Wunsch der Eichenschule gewesen wäre, hätte der Landkreis eine Übernahme in Erwägung ziehen können. Auch die neu geschaffenen gymnasialen Angebote in der Fläche müssten weiter unterstützt werden.

Abg. Oetjen meint, die Schulen in freier Trägerschaft trügen zur Vielfalt des schulischen Angebots bei. Es sei positiv, dass der Landkreis und auch die Landesregierung dies unterstützten.

Beschluss:

In Abänderung der Kreistagsbeschlüsse vom 20. Dezember 2004 und 15. Dezember 2005 wird der Unterhaltungskostenzuschuss für 2006 auf 310.000 € festgesetzt.

Die Koppelung der Abrechnung an die Kosten des Ratsgymnasiums wird für die Dauer von 3 Jahren ausgesetzt.

In den nächsten 3 Jahren erhält die Eichenschule Scheeßel einen jährlichen Festbetrag in Höhe von 315.000 €, beginnend im und für das Haushaltsjahr 2007.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. van Beek übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag des TOUROW auf Erhöhung der Mittelzuweisung durch den Landkreis**
Vorlage: 2006-11/0090

Abg. Brünjes führt aus, über die Förderung des Tourismus im Landkreis sei in der Vergangenheit in den verschiedenen Gremien ausführlich diskutiert worden. Die jetzige Form mit dem TouROW als Verein mit Beteiligung aller Gemeinden habe sich bewährt und es sei erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Es sei aber festzustellen, dass mit den vorhandenen Mitteln und der personellen Ausstattung in Zukunft keine neuen Projekte angeschoben, sondern nur noch das Erreichte verwaltet werden könne. Dies werde aber auf Dauer nicht ausreichen. Er begrüße die vorliegende Empfehlung, den Zuschuss und den Beitrag zu erhöhen. So könnten die vielfältigen Aktivitäten des TouROW fortgeführt werden. Gleichzeitig sei dies auch ein Signal an die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger und die Gemeinden, die sich für den Tourismus engagierten.

Abg. Dr. Fröhlich erklärt, auch die FDP-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag. Es gehe hier auch um die Förderung einer Vielzahl von kleinbetrieblichen Strukturen im Landkreis, wie z. B. der Hofläden, die sich in den letzten Jahren entwickelt hätten. Dieses Engagement müsse weiter gefördert werden. Durch die Arbeit des TouROW werde die Attraktivität des Landkreises, zum Beispiel durch die Präsenz auf Messen oder die Entwicklung von Online-Angeboten, gefördert. Dabei gehe es nicht ausschließlich um den Tourismus, sondern auch um die Entwicklung der gesamten Region. Dies sei auch im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung von Bedeutung. Er halte auch einen Namen für die Region für wichtig. Während sich der Begriff „Nordheide“ bereits geprägt habe, fehle ein solcher noch für den Nordkreis. Er halte den Begriff „Wasser-Erlebniswelt Oste-Wümme“ für geeignet.

Abg. Wölbern meint, es seien viele Gespräche nötig gewesen, um den Stellenwert und die Bedeutung der finanziellen Unterstützung des TouROW deutlich zu machen. Mit der im Kreisausschuss erarbeiteten Formulierung des Beschlussvorschlages werde eine Koppelung an die Entscheidung in den Gemeinden vermieden. Der TouROW leiste mit seiner Arbeit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung für den Landkreis. Er begrüße, dass der Landkreis seinen Beitrag und den Zuschuss erhöhen wolle.

Abg. von Bothmer geht kurz auf die Entstehung des TouROW ein. Nachdem der Kreistag den Austritt des Landkreises aus dem Fremdenverkehrsverband Lüneburger Heide beschlossen hatte, sei auf Initiative des Kreistages der TouROW entstanden, um den Tourismus im Landkreis zu fördern. Er halte es für sinnvoll, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr noch eingehend die Zukunftsperspektiven des TouROW zu behandeln.

Anschließend lässt **1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek** getrennt über die Beschlussvorschläge zu Buchstabe a) und b) abstimmen. Beide werden vom Kreistag mit 52 Ja-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

zu a)

Der Landkreis erhöht seinen Beitrag wie beantragt in der Erwartung, dass alle weiteren kommunalen Mitglieder des TouROW grundsätzlich einer Beitragserhöhung zustimmen.

zu b)

Einer Anhebung des jährlichen Landkreiszuschusses auf 100.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Konzept des NABU-Kreisverbandes Rotenburg(Wümme) zur Aufwertung des Großen und Weißen Moores und seiner Umgebung (Großer und Kleiner Bullensee)
Vorlage: 2006-11/0094**

Abg. Kullik führt aus, es handele sich um einen Beschluss von grundsätzlicher Bedeutung. Der NABU habe sein Konzept im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung ausführlich vorgestellt. Nach der Auflösung der Bezirksregierungen sei der Landkreis für die Betreuung der Naturschutzgebiete zuständig geworden und jetzt werde ein Naturschutzgebiet an den NABU abgegeben. Aber für die Übergabe an den NABU gebe es gute Gründe. Das Amt für Naturschutz des Landkreises sei aufgrund der personellen Ausstattung nicht in der Lage die große Anzahl der Naturschutzgebiete im Landkreis ausreichend zu betreuen. Außerdem gebe es bereits zwei Beispiele im Landkreis, bei denen die Übergabe der Verantwortung an einen anderen Träger gut funktioniert habe. Dies seien das Tister Bauernmoor sowie der Moorerlebnispfad im Huvendoopsmoor. Außerdem sei es gut, ehrenamtliches Potential in die Arbeit des Naturschutzes einzubinden. Es sei erstaunlich welche Arbeit dort geleistet werde, hierauf solle man nicht verzichten. Er gehe er davon aus, dass der NABU mit dem Gebiet verantwortungsvoll umgehen werde. Er hoffe, dass die Finanzierung des Vorhabens positiv verlaufe. Dies könne ein gutes Beispiel für eine Verbindung von Naturschutzverbänden und amtlichem Naturschutz werden.

Abg. Hüchting erklärt, es hätten Bedenken wegen des Artenschutzes bestanden. Er gehe aber davon aus, dass dies gesichert sei. Für den dünn besiedelten Landkreis Rotenburg (Wümme) sei die Förderung des Tourismus wichtig. Ebenso sei positiv, dass Fördermittel von außen in den Landkreis gelangten. Deswegen befürworte seine Fraktion das Projekt des NABU. Es bleibe aber abzuwarten, wie sich die Umsetzung entwickle.

Beschluss:

Der Kiosk am Großen Bullensee mit dem dazugehörigen Grundstück wird dem NABU-Kreisverband Rotenburg (Wümme) zum Eigentum übertragen. Für die Dauer der ersten 5 Jahre ist ein Betrag von jeweils 10.000 € und danach jährlich für die nächsten 5 Jahre um 1.000 € abschmelzend als Zuschuss zu den Unterhaltungskosten zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2007 mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: 2006-11/0118

Abg. Holsten führt aus, das auch in den Medien berichtete Wirtschaftswachstum führe bei vielen zu großen Erwartungen. Allerdings habe der Landkreistag noch im Oktober 2006 darauf hingewiesen, dass sich die Lage in den Kreishaushalten weiter zuspitze. Einerseits lasse der Aufschwung in der Wirtschaft die Steuereinnahmen sprudeln, andererseits hätten die öffentlichen Haushalte noch mit den Folgen der Entwicklung in den Vorjahren zu kämpfen. Stagnierendes Wachstum habe zu sinkenden Einkommen und Steuereinnahmen geführt. Die Schere zwischen arm und reich sei stetig größer geworden. Auch der Kreishaushalt habe darunter zu leiden. Im Jahr 2000 hätten die Einnahmen aus Finanzaufweisungen und Umlagen noch 77 Millionen Euro betragen, im Jahr 2006 nur noch rund 75 Millionen Euro. Daneben seien die Ausgaben im Sozialbereich deutlich angestiegen. Das prognostizierte Defizit im Verwaltungshaushalt für 2006 belaufe sich auf ca. 16 Millionen Euro. Die Steuerkraft im Landkreis sei im Vergleich zu anderen relativ gering, deswegen seien diese Zahlen noch akzeptabel. Insgesamt werde sich etwas mehr Spielraum als in den Vorjahren ergeben. Das

Defizit im Verwaltungshaushalt für 2007 werde sich auf etwa 14 Millionen Euro belaufen. Er hoffe, dass es noch etwas darunter liegen werde. Wichtig sei, dass es auch im Jahr 2006 gelungen sei, ca. 2 Millionen Euro an Schulden abzubauen. Die Einnahmen aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen seien zwar höher als im vergangenen Haushaltsjahr, aber immer noch geringer als im Jahr 2001.

Seit 1987 habe es insgesamt 9 Eingriffe von Seiten des Landes in den Finanzausgleich zu Lasten der Kommunen gegeben. In diesem Jahr sei zum ersten Mal eine Veränderung zugunsten der kommunalen Ebene angekündigt worden. Auf der Ausgabenseite stellten die Aufwendungen im Schulbereich einen großen Posten dar. Die Personalkosten konnten im Ansatz bei 29,1 Millionen Euro gehalten werden. Das Bemühen des Kreistages zu einer Senkung der Personalkosten, die schon mehr als 30 Millionen Euro betragen hätten, habe Wirkung gezeigt. Hier befinde man sich auf dem richtigen Weg, zumal auch noch die Personalkostenerstattungen vom Schlachthof Zeven sowie von Bund und Land zu berücksichtigen seien. Der Landrat solle ermutigt werden, diesen Weg weiter zu gehen und Konzepte zum effektiveren Einsatz des Personals zu entwickeln. Man werde sehen müssen, wie diese umgesetzt werden könnten.

Die Ausgaben im Sozialbereich würden um ca. 8 bis 9 % jährlich steigen. Dies hänge auch mit der demographischen Entwicklung und den zunehmenden Leistungen für die Heimbetreuung von älteren Menschen zusammen. Bedenklich sei auch, dass viele Menschen trotz eines Arbeitsverhältnisses auf ergänzende Hilfeleistungen angewiesen seien. Wichtig sei es, junge Menschen in Arbeit zu bringen. Insgesamt würden ca. 70 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts in den sozialen Bereich fließen. Positiv zu bewerten sei, dass der Landkreis trotzdem die wenigen freiwilligen Leistungen wie die Kreismusikschule und die Sportförderung fortführe. Der Landkreis präsentiere sich als verlässlicher Partner bei der Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen. Von großer Bedeutung sei, dass Schulden abgebaut werden könnten. Eine jährliche Zinsbelastung von rund 4 Millionen Euro sei auf Dauer nicht gut.

Im Vermögenshaushalt sei an eigenen Investitionen nur noch ein eigentlich viel zu geringer Betrag von rund 3 Millionen Euro veranschlagt. Dagegen sei es positiv, dass keine Nettokreditaufnahme vorgesehen sei und ein geringer Schuldenabbau erfolge. Man befinde sich auf dem richtigen Weg. Es würden Schulden abgebaut und die Kosten im Griff behalten. Zu den von der Nieders. Landesregierung angekündigten Änderungen im Finanzausgleich sei anzumerken, dass die daraus möglicherweise resultierenden Mehreinnahmen zum weiteren Schuldenabbau eingesetzt werden sollten. Ein Nachdenken über die Höhe der Kreisumlage sei gerechtfertigt, diese sollte aber im Jahr 2007 unverändert bleiben. Die zusätzlichen Einnahmen sollten zum weiteren Abbau der Kassenkredite verwendet werden. Dadurch würde sich mehr Raum für notwendige Investitionen im Vermögenshaushalt z. B. für die Straßensanierung oder auch für die Rückzahlung der von kreisangehörigen Gemeinden vorfinanzierten Kosten für Schulbauten ergeben.

Für die Zukunft halte er Schwerpunkte wie den Schuldenabbau, Diskussion über die Höhe der Kreisumlage mit den Gemeinden, die Fortsetzung der Umstrukturierung des Haushaltes und die Verstärkung der Anstrengungen im Bereich des Ausbaus des ÖPNV, des Tourismus und der Kinderbetreuung für wichtig. Der Landkreis müsse überlegen, wie er sich im Bereich des Bildungssystems und der Kinderbetreuung für die Zukunft besser aufstellen könne. Abschließend bedanke er sich bei den Fraktionen für die Mitarbeit im Finanzausschuss sowie bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Haushalts. Er verweise auf das einstimmige Votum im Finanzausschuss und bitte auch im Kreistag um einen einstimmigen Beschluss.

Abg. Helberg erklärt, er halte es für positiv, dass der Landrat das Primat der Politik bei der Beratung des Haushalts anerkenne. Die SPD-Fraktion werde dem Haushaltsplanentwurf zustimmen, wenn auch nicht ohne Bedenken. Die kritikwürdigen Punkte seien bereits bei der Beratung im Finanzausschuss deutlich herausgestellt worden. Dabei seien die Haushaltsberatungen deutlich offener und konstruktiver als in den Vorjahren gewesen. Die Bereitschaft des Landrates zum offenen Diskurs habe sich angenehm von seinem Vorgänger unterscheiden. Für die gute Vorarbeit sei der Verwaltung zu danken. Auch die Gesprächsbereitschaft der Mehrheitsfraktion sei positiv zu vermerken. Zur Situation des Landkreises sei vorab anzumerken, dass in nur fünf Jahren die Verschuldung des Landkreises von 48 Millionen Euro um mehr als das Doppelte auf deutlich über 90 Millionen Euro gewachsen sei. Gründe hierfür

seien die wirtschaftliche Entwicklung, die Eingriffe des Landes in den Finanzausgleich und eine verspätete und unzureichende Haushaltskonsolidierung.

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) gehöre seit Jahrzehnten zu den finanzschwächsten Landkreisen in Niedersachsen. Dies sei auch daran abzulesen, dass die Region von der EU als Ziel-1 Fördergebiet anerkannt worden sei. Dies werde sich nur ändern, wenn die Strukturen verbessert würden und mehr auf Investitionen und Innovation gesetzt werde als in der Vergangenheit. Grundsätzlich bedenklich sei, dass etwa 73 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes für Pflichtaufgaben aufgewendet werden müssten. Damit würden von insgesamt rund 212 Millionen Euro etwa 155 Millionen für die Bereiche Sozial- und Jugendhilfe, Gesundheit und Schulen gebunden. Entsprechend hoch seien die Zuschussbedarfe in diesen Einzelplänen. Immerhin blieben die Kosten der Schülerbeförderung incl. der Ausgaben für den ÖPNV in der Zuschusshöhe der Vorjahre. Bei den Ansätzen für die Energiekosten in den Schulen sehe er Reserven, die veranschlagten Steigerungen halte er für zu hoch. Der Kreistag sei gut beraten, wenn der jetzt vorliegende Haushaltsplan mit der Bereitschaft verabschiedet würde, diesen bis Ende Mai auf den Prüfstand zu bringen. Sollten die Einnahmen aus dem Finanzausgleich in dem jetzt angekündigten Umfang steigen, wäre zu überlegen, ob und in welchem Maße damit Konjunktur fördernde Investitionen getätigt werden könnten. Seine Fraktion behalte sich entsprechende Anträge vor.

Er halte es nicht für angebracht, die Landesregierung für die angekündigten Korrekturen im Finanzausgleich über Gebühr zu loben. Die Zahlungen zeigten nämlich auch, wie stark das Land in den vergangenen vier Jahren die Kommunen belastet habe. Dies werde an der Höhe der Verbundquote, die bis zum Jahr 2003 für die Kommunen noch 16,14 % betragen habe und dann auf 15,09 % gekürzt worden sei, deutlich. Diese bleibe auch jetzt noch um mehr als 0,5 % hinter dem Wert von 2003 zurück. Die Landesregierung habe seit Jahren den Kommunen ca. 160 Millionen Euro pro Jahr gekürzt, auch 2007 würden diese Kürzungen annähernd 100 Millionen Euro betragen. Per Saldo nehme das Land den Kommunen 162 Millionen Euro und gebe nur 75 Millionen Euro zurück. Dies stelle einen empfindlichen Eingriff dar. Die höheren Schlüsselzuweisungen seien ein Ergebnis der gestiegenen Steuereinnahmen. Dadurch steige aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen die Finanzausgleichsmasse. Dies sei also keine „Segnung“ des Landes, sondern die Kommunen hätten hierauf einen gesetzlichen Anspruch aus dem FAG. Es sei gut, dass der Flächenfaktor wieder eingeführt werde. Hierdurch würden die Einnahmen der großflächigen Kreise verbessert. Aber auch diese Mittel kämen nicht aus der angehobenen Verbundquote, sondern aus den besseren Steuereinnahmen. Nach seiner Kenntnis würden einige Kommunen eine Klage vor dem Staatsgerichtshof gegen die Änderungen im Finanzausgleich hinsichtlich der Flächenkomponente erwidern. Er halte derartige Vorhaben nicht für gerechtfertigt.

Zwar könne der Verwaltungshaushalt des Landkreises auch im Jahr 2007 nicht ausgeglichen werden, aber der im Entwurf ausgewiesene Sollfehlbetrag von 14 Millionen Euro werde sicherlich geringer ausfallen. Der Haushalt enthalte einige Reserven. Die Gemeinden würden mit einer Kreisumlage von 54 Punkten zum dritten Mal in Folge kräftig zur Kasse gebeten. Dort würden diese Mittel für dringend notwendige Investitionen fehlen. Wenn sich im Finanzausgleich tatsächlich Mehreinnahmen ergeben sollten, müsse diese Frage erneut diskutiert werden. Im Schullastenausgleich zahle der Landkreis den Gemeinden als Schulträgern mit 60 % nur geringfügig mehr als den gesetzlichen Mindestsatz von 55 %. Auch da bestehe Handlungsbedarf, wenn auch eine Erhöhung auf 70 %, wie in der Vergangenheit, nicht sinnvoll sei. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass die Zuständigkeit für die Kindertagesstätten beim Landkreis liege. Die Gemeinden hätten diese Aufgabe vertraglich übernommen und die mit ihnen abgeschlossene Vereinbarung sei vernünftig. Bei der Belastungsanalyse dürfe diese Aufgabe aber nicht außer Acht gelassen werden. Problematisch bleibe nach wie vor der Zuschussbedarf im Einzelplan 4. Die Unterdeckung im Jugendhilfebereich sei besorgniserregend. Insgesamt seien die Sozialhilfeausgaben 2006 keine exakt aussagefähige Größe für die Bemessung in 2007, weil eine Nachzahlung in Höhe von 3 Millionen Euro den Zuschussbedarf ausnahmsweise reduziert habe. Die Ansätze für die Grundsicherung würden weiter wachsen. Diese Leistungen würden, da sie höher seien als ALG-II Leistungen, zunehmend abgerufen. Im Bereich der sog. Hartz-IV Reformen seien die Leistungen des Staates insgesamt ausgeweitet worden. In vielen Fällen würden Sozialhilfeempfänger dadurch

besser gestellt als vorher. Ein wesentlicher Eckpfeiler von Hartz-IV sei die finanzielle Entlastung der Landkreise. Dies werde durch die Beteiligung des Bundes mit 31 % an den Kosten der Unterkunft sichergestellt. Allerdings sei die vom früheren Landrat versprochene Kreisumlage senkende Wirkung des Optionsmodells nicht eingetreten. Die Budgetierung der kreiseigenen Schulen halte er für richtig. Sie verschaffe den Schulleitern Gestaltungsspielraum und setze gleichzeitig Einspareffekte frei.

Die Beratungen in den Fachausschüssen hätten teilweise zu sachgerechten Kompromissen geführt. Die Schülerbeförderung am Nachmittag in Bothel sei abgesichert worden. Bei der Höhe des Unterhaltungskostenzuschusses für die Eichenschule sei eine einvernehmliche Regelung gefunden worden. Anzunehmen bleibe in diesem Bereich ein zukunftsfähiger Schulentwicklungsplan. Im Bereich der Sportförderung bleibe es bei einem Ansatz von 200.000 Euro. Die Zuweisungen im Kulturbereich würden auf das Vorjahresniveau von 20.000 Euro angehoben. Ebenso positiv sei die Unterstützung für den Verein Tandem e. V. mit 1.000 Euro. Im Bereich des ÖPNV brauche der Landkreis ein besseres Gesamtkonzept. Positiv sei, dass für den TouROW ein verbesserter Kompromiss erreicht wurde und dass der Einstieg in die Förderung der Schnellbuslinie Zeven-Tostedt gefunden worden sei. Er halte auf dieser Strecke allerdings die Bahn für die bessere Lösung. Es sei zu prüfen, ob eine Verbindung Seedorf-Scheeßel in ein Förderkonzept aufzunehmen wäre. Im Einzelplan 6 sei ein großer Sanierungsbedarf aufgelaufen. Jetzt zeige sich, wie berechtigt im Vorjahr die Forderungen seiner Fraktion nach höheren Ansätzen gewesen seien. Positiv anzumerken sei auch die Gewinnausschüttung der EEW, die mit ca. 700.000 Euro sehr konstant sei. Die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Haushalt bedeute nicht, dass damit auch die bereits 2006 erfolgte Absenkung der Jagdsteuer befürwortet werde. Dies sei das falsche Signal gewesen. Dafür seien Zuschüsse für Umwelt fördernde Maßnahmen gestrichen worden.

Die Folgen falschen Handelns der Landkreise – auch des Landkreises Rotenburg - sehe man bei den Regionalisierungsmitteln. Diese seien vom Bund um fast 10 % gekürzt worden, weil die Mittel nicht zweckentsprechend, sondern zur Reduzierung der Kosten der Schülerbeförderung verwendet worden seien. Die SPD-Fraktion hatte vor den Folgen gewarnt, natürlich habe der damalige Landrat darauf nicht gehört. Im übrigen würden die Kürzungen des Bundes hier progressiv wachsen. Von 2008 bis 2010 würden sie noch höher ausfallen als in 2007. Wenn die angekündigten Änderungen im Finanzausgleich vom Landtag beschlossen würden, ergäben sich nachhaltig günstigere Daten im Verwaltungshaushalt. Dann bestehe Grund zu neuen Entscheidungen über die Höhe der Kreisumlage und eine Stärkung der Investitionen. Für 2008 seien höhere Personalkosten zu erwarten, das Land habe eine Erhöhung von 3 % im Beamtenbereich angekündigt. Dies dürfe nicht als Begründung für ein Beibehalten der Höhe der Kreisumlage herangezogen werden.

Der Vermögenshaushalt verdiene die Bezeichnung Investitionshaushalt nicht. Angesichts des geringen Volumens und der marginalen investiven Ansätze gebe es dazu kaum etwas anzumerken. Wenn aus dem Gesamtvolumen von ca. 15 Millionen Euro noch die Summen des Einzelplanes 9 herausgerechnet und Zuweisungen aus der Kreisschulbaukasse nebst Darlehen sowie Erstattungen an Schulträgergemeinden berücksichtigt würden, verblieben gerade noch 7,5 Millionen an Investitionen des Landkreises. Dies reiche für eine Konjunktur stützende Bautätigkeit nicht aus. Und da den Gemeinden aufgrund der hohen Kreisumlage investive Mittel entzogen würden, werde das Baugewerbe aus dem öffentlichen Bereich wenig Aufträge zu erwarten haben. Dies halte er nicht für gut. Die SPD-Fraktion stimme dem Haushalt dennoch zu, weil im Verwaltungshaushalt eine Reihe guter Ansätze erkennbar seien, die in den Fachausschüssen mitgetragen wurden. Aber es gebe auch die von ihm angesprochenen Entwicklungen, die auf Fehlern beruhten.

Abg. Brunkhorst bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des Haushaltsplanes. Die Schulden des Landkreises müssten dringend abgebaut werden. Auch bedingt durch die hohen Zinsaufwendungen fehle das Geld für notwendige Investitionen. Positiv anzumerken seien die Einsparungen durch die Neuvergabe der Reinigungsleistungen. Er hoffe, dass die kreiseigenen Gebäude auch weiterhin gut gereinigt würden. Die Entwicklung im Sozial- und Jugendhilfebereich sei weiterhin bedenklich, vor allem im Bereich der Heimunterbringungen. Hier müsse gemeinsam versucht werden, eine Kehrtwende einzuleiten. Er freue sich über die von der Landesregierung angekündigten Änderungen im Finanzausgleich

und hoffe, dass mit den zusätzlichen Mitteln weitere Schulden abgebaut werden könnten. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplan.

Nach Ansicht der **Abg. Twesten** habe bei den diesjährigen Haushaltsberatungen insgesamt eine andere Stimmung geherrscht als in den Vorjahren. Ein weiterer Schuldenabbau sei möglich und es seien noch Einnahmesteigerungen aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen zu erwarten. Sie bewerte die Gesamtsituation eher verhalten und hätte sich mehr grüne Akzente wie eine Stärkung des ÖPNV und der frühkindlichen Förderung für den Haushalt gewünscht. Diese seien aber dem vorrangigen Ziel des Sparens untergeordnet worden. Wegen der demographischen Entwicklung halte sie es für dringend erforderlich, den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises weiterhin Mobilität zu ermöglichen. Hierzu seien strukturelle Konzepte erforderlich und kostengünstige Möglichkeiten müssten genutzt werden. Auch beim Energieverbrauch müssten Sparmaßnahmen entwickelt werden, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Im investiven Bereich sollte die Rückzahlung der von den Gemeinden vorfinanzierten Kosten für Schulbauten forciert werden. Insgesamt stimme ihre Fraktion dem Haushaltsentwurf zu. Aber die von ihr genannten Akzente sollten in den kommenden Jahren weiter entwickelt werden.

Auch **Abg. Oetjen** erklärt, der Schuldenabbau habe höchste Priorität. Dazu gehöre die Verringerung der Kassenkredite genauso wie die Rückzahlung der vorfinanzierten Kosten für Schulbauten z. B. an die Samtgemeinde Sottrum und der Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber den Nettoregiebetrieben. Deswegen bleibe kaum Spielraum für andere Vorhaben. Ein weiterer Schwerpunkt sei der Ausbau der Kinderbetreuung. Der Landkreis habe ein Defizit in Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Frauen müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihre Kinder in Betreuung zu geben, um wieder arbeiten gehen zu können. Deshalb sei es positiv, dass der Landkreis mit der mit den Gemeinden geschlossenen Vereinbarung einen ersten Schritt zur Umsetzung getan habe. Auch die Planungen der Landesregierung für ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr seien zu begrüßen. Im Bereich des ÖPNV komme die Kompensation der Durchtarifizierungsverluste allen Pendlern zugute. Auch die Förderung des Schnellbusprojektes Zeven-Tostedt sei positiv zu bewerten. Dieses Angebot müsse von den Bürgern aber auch genutzt werden, ansonsten könne die Förderung nicht beibehalten werden. Auch für die Zukunft sehe er den Schwerpunkt in einem weiteren Schuldenabbau. Erst für den Haushalt 2008 könne mit den Gemeinden über die Höhe der Kreisumlage verhandelt werden. Er weise darauf hin, dass z. B. der Landkreis Verden die Kreisumlage erhöhe. Weiter gelte es, die sich aus der Ziel-1 Förderung ergebenden Chancen für eine Struktur- und Wirtschaftsförderung und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen. Durch die Einführung der Doppik werde mehr Transparenz im Haushalt geschaffen. Die Angebote zur Kinderbetreuung müssten ausgebaut werden, auch um den Landkreis attraktiv zu halten. Zum Finanzausgleich sei anzumerken, dass in den letzten Jahren durch das Land neunmal zu Lasten der Kommunen in den Finanzausgleich eingegriffen worden sei. Hieran sei keine Partei unschuldig. Deswegen sei es wichtig, dass nunmehr der Flächenfaktor und damit der ländliche Raum gestärkt werde. Wie mit den zusätzlichen Einnahmen daraus verfahren werden solle, werde im Laufe des Jahres zu entscheiden sein. Für ihn habe der Schuldenabbau Vorrang. Abschließend bedanke er sich für die gute Vorarbeit der Verwaltung.

Abg. Steppat führt aus, zu Beginn der Beratungen über den Haushalt und das Investitionsprogramm habe sich die Lage noch schwieriger dargestellt. Mittlerweile sei durch das Wachstum in der Wirtschaft und die angekündigte Entscheidung der Landesregierung zum Finanzausgleich eine Verbesserung eingetreten. Diese sei aber auch nötig gewesen. Er hoffe, dass das Wachstum anhalte. Auch aus Sicht der WFB-Fraktion sei der Schuldenabbau für den Landkreis von besonderer Bedeutung. Nur so könnten die Spielräume im Haushalt vergrößert werden. Sorge bereite die Entwicklung der Personalkosten. Diese befänden sich auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren. Der Landkreis solle auch bei den höher dotierten Stellen Personalkosten einsparen. Im Jahr 2007 stünden auch Tarifverhandlungen an. Diese seien aus Sicht der Beschäftigten auch notwendig, aber die Verwaltung müsse auch Sparvorschläge machen. Positiv seien die Fortführung der Zuschüsse für die Sportförderung sowie die Anstrengungen im Bereich des TouROW, bei Energiesparmaßnahmen, der Kin-

derbetreuung und beim ÖPNV. Diese müssten in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Die WFB-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Abg. Hüchting meint, zur Zeit sprudelten die Steuereinnahmen. Es frage sich, ob dies auch von Dauer sei. Mit der Anerkennung als Ziel-1 Fördergebiet durch die EU habe die Region großes Glück gehabt. Er hoffe, dass die Ankündigungen der Landesregierung zu den Korrekturen im Finanzausgleich auch umgesetzt würden.

Landrat Luttmann erklärt, die Haushaltsberatungen seien die Stunde des Kreistages, deshalb habe er Zurückhaltung geübt. Dies sei aber auch leicht gefallen, weil sich in den Beratungen der Fachausschüsse am vorgelegten Haushaltsplanentwurf nur marginale Änderungen ergeben hätten. Auch habe es einstimmige Empfehlungsbeschlüsse im Finanzausschuss und im Kreisausschuss gegeben. Er halte die veranschlagten Personalkosten in diesem Umfang für gerechtfertigt. Auch in der Führungsebene seien die Aufwendungen in vergleichbaren Landkreisen nicht geringer. Nach seiner Ansicht seien die Regionalisierungsmittel vom Landkreis nicht zweckwidrig verwendet worden und demnach auch nicht deswegen vom Bund gekürzt worden. Nach seiner Kenntnis sei die Kürzung der Mittel im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgt. Beim Finanzausgleich habe die kommunale Ebene in den letzten 15 Jahren immer Verschlechterungen hinnehmen müssen. Der Landkreis habe selbst bereits erfolgreich vor dem Staatsgerichtshof gegen den Finanzausgleich geklagt. Mehreinnahmen habe dies aber nicht gebracht. Jetzt würde das Land endlich in die andere Richtung entscheiden, auch wenn aufgrund der Kürzungen in den Vorjahren noch ein großer Nachholbedarf bestehe. Eine Senkung der Kreisumlage komme nach seiner Auffassung nur in Betracht, wenn die rechtswidrigen Kassenkredite abgebaut worden seien. In den möglicherweise zu erwartenden Mehreinnahmen seien auch Einmaleffekte enthalten. Deswegen sollten zunächst die Kassenkredite weiter abgebaut werden. Für den Haushalt 2008 könne bei einer anhaltend positiven Entwicklung dann mit den Gemeinden über die Höhe der Kreisumlage gesprochen werden. Abschließend danke er den Gemeinden dafür, dass diese den Konsolidierungskurs des Landkreises mittragen würden. Hinzuweisen sei jedoch darauf, dass der Landkreis bei seinen eigenen Aufgaben insbesondere im Bereich des ÖPNV und der Kinderbetreuung noch erheblichen Nachholbedarf habe.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2007 einschließlich des Haushaltsplanes 2007 und des Stellenplanes 2007 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2007 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Investitionsprogramm 2006 bis 2010 und Finanzplan 2006 bis 2010**
Vorlage: 2006-11/0119

Abg. Dreyer mahnt eine zeitnahe Rückzahlung der von der Samtgemeinde Sottrum vorfinanzierten Kosten für den Schulbau am Mittelstufengymnasium in Sottrum an.

Landrat Luttmann erklärt, auch hier gelte, dass Schulden so schnell wie möglich zurückgezahlt werden müssten.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2006 bis 2010 wird beschlossen.

Der Finanzplan 2006 bis 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 11.10 Uhr bis 11.40 Uhr.

Punkt 12 der Tagesordnung: **Richtlinie für die Aufnahme von Krediten nach § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO**
Vorlage: 2006-11/0120

Abg. Dreyer hält eine Richtlinie für die Rückzahlung von Krediten für wichtiger. Aufgrund der geänderten Bestimmungen müsse die Richtlinie für die Aufnahme von Krediten beschlossen werden. Er hoffe, das davon möglichst wenig Gebrauch gemacht werden müsse.

Beschluss:

Die Richtlinie für die Aufnahme von Krediten gemäß § 92 Abs. 1 Satz 2 NGO wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung**
Vorlage: 2006-11/0066

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Betrieb Rettungsdienst**
a) Feststellung der Eröffnungsbilanz
Vorlage: 2006-11/0072

Beschluss:

1. Die Einlage des Landkreises Rotenburg (Wümme) in den Betrieb "Rettungsdienst" wird auf 50.000,-- € festgesetzt.
2. Die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2006 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Änderung der Verwaltungshandreichung 5.4 Förderung der jugendpflegerischen Arbeit hier: Nr. 1.3 Verfahren Vorlage: 2006-11/0078**

Auf Nachfrage des **Abg. Borngräber** erklärt **Landrat Luttmann**, die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage sei Grundlage für die Beschlussfassung.

Beschluss:

- a) Die Handreichung zur Förderung der jugendpflegerischen Arbeit wird unter Nr. 1.2.2 Aufzählungszeichen 6 und 7, dahingehend abgeändert, dass die Worte "...die zum 1. Mai 2004..." ersetzt werden durch "...die ab dem 1. Mai 2004...".
- b) Nr. 1.3 Absätze 1 und 3 wird wie folgt ergänzt: "[...] Anträge für Maßnahmen nach Nr. 1.2.7 müssen bis zum 31.03. eines Jahres gestellt werden. [...] Bei Anträgen für Maßnahmen nach 1.2.7 erfolgt die Entscheidung nach Genehmigung des Haushalts".

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Vom Landkreis zu besetzende Stellen; sonstige vom Landkreis in Verbänden und Institutionen zu besetzende Stellen:
1. Heimatbund Rotenburg (Wümme) e. V.
2. Heimatverein "Niedersachsen" Scheeßel e. V.
Vorlage: 2006-11/0126**

Abg. Holsten erklärt, der Heimatbund sei mit dem Wunsch an den Landkreis herangetreten, wieder einen Vertreter in den erweiterten Vorstand zu entsenden. Diesem Wunsch solle entsprochen werden. Die CDU/FDP-Gruppe schlage hierfür den Abg. Bargfrede vor.

Abg. Bargfrede hält es für gut, dass wieder Vertreter des Landkreises in die Gremien des Heimatbundes und des Heimatvereins entsandt werden und der Landkreis damit seine Verbundenheit hierzu deutlich mache. Man habe auch in der Vergangenheit stets gut zusammengearbeitet. Die CDU/FDP-Gruppe schlage den Abg. Frick als Vertreter für den Fachbeirat des Heimatvereines Scheeßel vor.

Beschlussvorschlag:

Als Mitglied in den erweiterten Vorstand bzw. Fachbeirat werden berufen:

1. Abg. Bargfrede, Rotenburg (Wümme)
(erweiterter Vorstand des Heimatbundes Rotenburg (Wümme) e. V.)
2. Abg. Frick, Scheeßel
(Fachbeirat des Heimatvereins „Niedersachsen“ Scheeßel e. V.)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Abberufung eines Rechnungsprüfers**
Vorlage: 2006-11/0034/1

Landrat Luttmann erläutert kurz den Hintergrund für die Abberufung von Dipl.-Kfm. Bolz als Rechnungsprüfer. Dieser solle die Leitung des Amtes für Finanzen übernehmen.

Beschluss:

Dipl.-Kaufmann Axel Bolz, geb. 22.08.1963, wird nach Erteilung der Zustimmung durch die Kommunalaufsichtsbehörde als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Änderung der Dezernatseinteilung**
Vorlage: 2006-11/0117

Auf Nachfrage des **Abg. Wölbern** zur fachlichen Zuständigkeit für die Ausschüsse erläutert **Landrat Luttmann**, dass hierzu keine Änderung eintreten werde. Die Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung würden weiterhin im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr behandelt.

Beschluss:

Der Änderung der Dezernatseinteilung durch Umwandlung des Amtes für Kreisentwicklung in eine Stabsstelle Kreisentwicklung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 24.01.2007: Senkung der Abfallgebühren**
Vorlage: 2006-11/0128

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Regelung in § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung hin, wonach der Antrag nach kurzer mündlicher Begründung durch den Antragsteller vom Kreistag ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werde.

Abg. Hüchting begründet den Antrag seiner Fraktion. Ausgangspunkt hierfür sei das Urteil des Verwaltungsgerichts Stade in den Klageverfahren gegen die Gebührenbescheide des Landkreises gewesen. Der Antrag zur Reduzierung der Abfallgebühren sei im Interesse der Gebührenzahler aber auch des Landkreises gestellt worden. Dieser stehe im Einklang mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts und bringe den Bürgern eine Entlastung und befreie den Landkreis von der Notwendigkeit, jährlich einen Nachweis für die marktgerechte Höhe der Gebühren vorzulegen. Dieser Nachweis sei für den Landkreis schwierig zu erbringen, weil eine angemessene Preisprüfung nicht erfolgt sei. Für dieses Problem sei der Landkreis selbst verantwortlich, weil der Preis der MVA Hamburg nicht akzeptiert werde. Dies könne aber nicht Grundlage für die Gebührenkalkulation sein. Deswegen fordere seine Fraktion eine neue Berechnung der Abfallgebühren, die Auflösung der Rückstellungen sowie die Nennung eines Zeitzieles für die Verhandlungen mit der Stadtreinigung Hamburg.

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.01.2007 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Abfallwirtschaft verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 20 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Bruns spricht die neu gestalteten Übergangstarife zum HVV- und VBN-Bereich an und fragt, wann diese für die Bürgerinnen und Bürger aktiv würden.

KVD Peimann antwortet, die VNO werde die Verhandlungen aufnehmen. Diese könnten voraussichtlich im Herbst 2007 abgeschlossen werden.

Punkt 21 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Heinrich Menke aus Rotenburg (Wümme) meint, die Mittel aus der Auflösung der Rückstellungen in der Abfallwirtschaft könnten dafür genutzt werden, Flächen für den Getreideanbau und die Milchviehhaltung zu sichern, anstatt diese für die Aufbringung von Reststoffen aus der Biogaserzeugung zu nutzen. Dies sei erforderlich, um die Ernährung der Bevöl-

kerung zu sichern. Er fragt, ob der Kreistag einen solchen Beschluss fassen könne, um seinen Willen hierzu zum Ausdruck zu bringen.

Landrat Luttmann antwortet, der Landkreis habe keine Möglichkeit hier einzugreifen oder entsprechende Beschlüsse zu fassen. Nach seiner Ansicht sei dies aber auch nicht notwendig, dies werde sich in Zukunft durch den Markt regeln.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen schließt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 8)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 8)

Landrat

Protokollführer